

BDP Landesgruppe Hessen
Frau Dr. Bettina Gorißen
Gluckensteinweg 136
61350 Bad Homburg

**Referat Sozialpolitik und
Integration**

Durchwahl:
0611/ 350-520

Email:
m.peters@ltg.hessen.de

Unser Zeichen:
Az: 2018 wl/pet

08.08.2018

Sehr geehrte Frau Dr. Gorißen,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 13. Juni 2018, mit der Sie mir die Wahlprüfsteine der Landesgruppe Hessen des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen zugesandt haben. Ihre Fragen beantworten wir wie folgt:

Sie fragen zunächst nach unseren Schwerpunkten für die nächste Legislaturperiode:

Für uns steht die Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung an erster Stelle. Wir müssen die Bedarfe abdecken, Wartezeiten von bis zu 20 Wochen auf einen Termin sind unzumutbar. Es ist daher unumgänglich, das psychotherapeutische Angebot zu erhöhen und zwar in allen Landesteilen, gerade auch im ländlichen Raum. Wir wollen eine kleinteiligere Bedarfsplanung – das fordern wir auch für die allgemein- und fachärztliche Versorgung –, damit wir ein flächendeckendes Angebot sicherstellen können. Es ist positiv zu vermerken, dass die Reform der Psychotherapie-Richtlinie insoweit zu einer Verbesserung geführt hat, dass Erstgespräche in einem kürzeren Zeitraum möglich sind. Das kann aber eine kontinuierliche Therapie keinesfalls ersetzen. Ebenso brauchen wir dringend zusätzliche Kapazitäten in der notfallpsychologischen Versorgung.

Um diese Bedarfe abzudecken brauchen wir mehr Studienplätze, damit wir genügend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung haben.

Die Verbesserung der Versorgung und verstärkte Anstrengungen in der Ausbildung wären die beiden Punkte, die wir als erstes in Angriff nehmen

würden. Das bedeutet nicht, dass die anderen von Ihnen genannten Punkte unwichtig wären, auch diese werden wir berücksichtigen. So befürworten wir z.B. ein betriebliches Gesundheitsmanagement in möglichst vielen Unternehmen, können dies aber in Landesverantwortung nicht gesetzlich regeln. Wir werden aber verstärkte Förderung in diesem Bereich betreiben.

Jetzt zu den weiteren konkreten Fragen:

Welche Maßnahmen werden Sie zur Erhaltung des Psychologiestudiums und dessen beruflicher Einsatzfelder unternehmen, damit durch die Novellierung des Psychotherapeutengesetzes kein Abbau von Psychologiestudiengängen erfolgt.

Bereits heute haben wir einen Mangel an Psychologinnen und Psychologen zu verzeichnen. Wartezeiten für eine Therapie sind lang. Die rasant steigende Zahl der psychisch Kranken können die kassenärztlich zugelassenen Psychologen in Hessen längst nicht mehr bedienen. Patientinnen und Patienten benötigen eine schnellere und evidenzbasierte Behandlung von psychischen Krankheiten. Deswegen werden wir uns für den Erhalt des Psychologiestudiums einsetzen, ebenfalls für die beruflichen Einsatzfelder und eine kleinräumigere Bedarfsabdeckung, damit die Hilfe dort ankommt, wo sie benötigt wird. Wir wollen damit einer Unterversorgung entgegenwirken! Nicht nur in Städten, sondern gerade auf dem Land muss die flächendeckende Versorgung gewährleistet werden. Auf dem Land ist die Versorgung teilweise noch viel schlechter als in der Stadt.

Wie werden Sie die schulpsychologische Versorgung verbessern?

Auch die schulpsychologische Versorgung muss verbessert werden. Kinder- und Jugendpsychologinnen und -psychologen sind ebenfalls ausgebucht und können kaum Therapieplätze anbieten. Gerade die Unterstützung von Kindern – auch im Setting Schule – ist wichtig, um Schulprobleme, aber auch Entwicklungs- und persönliche Schwierigkeiten frühzeitig zu erkennen und Hilfen anzubieten.

Um Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen sowie Lehrkräfte von nicht unterrichtsbezogenen Tätigkeiten zu entlasten, werden wir die Schulen mit multiprofessionellen Teams aus pädagogisch-therapeutischem Personal und außerschulischen Partnern, Schulsozialarbeit und Schulpsychologen in regionaler Verantwortlichkeit ausstatten.

Wie werden Sie Integration von Zuwanderern fördern und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken?

Unsere Integrationspolitik setzt einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen. Wir wollen möglichst frühzeitige und individuelle Förderung, damit Benachteiligungen erst gar nicht entstehen. Wir wollen die Eltern einbeziehen

und mehr Lehr- und Erziehungsfachkräfte mit Migrationshintergrund einstellen. Wir müssen interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit verstärkt nutzen. Menschen mit Migrationshintergrund brauchen mehr Unterstützung bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, insbesondere beim Übergang von der Schule in den Beruf. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse muss erleichtert werden.

Wir werden extremistisches Gedankengut und Fremdenfeindlichkeit konsequent bekämpfen, wir nehmen nicht hin, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer sexuellen Identität, ihrer Herkunft, ihrer Behinderung oder ihres Geschlechts Anfeindungen ausgesetzt sind. Dazu braucht es eine handlungsfähige Polizei und Justiz, die konsequent durchgreift, damit der soziale Frieden gewährleistet bleibt. Hessen ist ein weltoffenes und demokratisches Land, in dem rechtsextreme Parolen keinen Platz haben.

Welchen Stellenwert haben für Sie Psychologen in der Gesundheitsförderung und Prävention? Wie wollen Sie diesen gesetzlich verankern?

Psychologische Gesundheitsförderung und Prävention haben für uns einen großen Stellenwert. Gesundheitsförderung und Prävention haben positive Effekte und können Krankheiten vermeiden, frühzeitig erkennen und behandeln, Problemsituationen können deeskaliert werden. Wir erreichen somit eine Verbesserung der Gesundheit und die Steigerung der Resilienz, daher befürworten wir eine stärkere Beteiligung der Psychologinnen und Psychologen an der Gesundheitsförderung und der Prävention.

Befürworten Sie die Aufnahme von Psychologen als Freiberufler in die Liste der sogenannten Katalogberufe des § 13 Einkommensteuergesetz? Während z.B. Heilpraktiker ohne Studium aufgeführt sind, müssen Psychologen umfangreiche Nachweise führen.

Es handelt sich offenkundig um einen kleinen Schreibfehler, der Katalog findet sich in § 18 EStG. Beim Einkommensteuergesetz handelt es sich um ein Bundesgesetz, auf das wir keinen direkten Einfluss haben. Wir würden die Aufnahme von PsychotherapeutInnen begrüßen und werden eine entsprechende Anregung an unsere KollegInnen der Bundestagsfraktion herantragen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Daniela Sommer
Stv. Fraktionsvorsitzende und
Gesundheitspolitische Sprecherin